§ 13

Bei Arbeiten in gedeckten Enteisungs-, Rieseler-, Filter-, Rohrtunnel- und ähnlichen Anlagen ist für ausreichende Lüftung und Beleuchtung zu sorgen.

§ 14

Diese Arbeitsschutzbestimmung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 30. Oktober 1952

Ministerium für Arbeit

I. V.: M a l t e r

Staatssekretär

Bekanntmachung
der Arbeitsschutzbestimmung 144.

— Entwässerungswerke —

Vom 30. Oktober 1952

Auf Grund des § 49 Abs. 1 der Verordnung vom 25. Oktober 1951 zum Schutze der Arbeitskraft (GBl. S. 957) wird nachstehende Arbeitsschutzbestimmung erlassen:

§ 1

Diese Bestimmung gilt für alle Entwässerungswerke. Zu einem Entwässerungswerk gehören:

- a) das Entwässerungsnetz, in dem die Abwässer zu einer Sammelstelle, einem Pumpwerk oder einem Vorfluter geleitet werden,
- b) die Pumpwerke,
- c) das Druckrohrnetz,
- d) die Reinigungsanlagen (Rieselfelder, Kläranlagen usw.).

§ 2

(1) Das Entwässerungsnetz, seine Zugangsstellen, Brunnen, Schächte und Straßenabläufe sowie die Sammelstellen, die Entlüftungshähne im Druckrohrnetz, die Druckrohröffnungen und die Anlagen auf den Klärwerken, die zur Erzeugung, Speicherung und Fortleitung von Faulgasen (Methangasgemischen) dienen, sind in ihrem ganzen Umfang explosionsgefährdet. In gleichem Maße explosionsgefährdet sind auch alle Räume, in denen sich explosive Gase, Dämpfe oder Staub in gefährdender Menge entwickeln, ansammeln oder ausbreiten können, wie z. B. Leuchtgas, Faulgas, Schwefelwasserstoff sowie Benzin, Benzol- und andere Kohlenwasserstoffgemische.

(2) Alle explosionsgefährdeten Räume dürfen erst nach vorheriger Prüfung und Entlüftung und nur mit Sicherheitslampen betreten werden. Die Sicherheitslampen müssen vor dem Betreten der Räume angezündet sein. Elektrische Lampen sind außerhalb der Räume ein- und auszuschalten.

(3) Zur Verhütung von Unfällen durch brennbare, giftige Gase oder Stickgase dürfen Gruben, Einsteigeschächte und andere unterirdische Entwässerungsanlagen erst bestiegen werden, nachdem sie mindestens 15 Minuten lang entlüftet worden sind und nachdem (z. B. durch einwandfreies Brennen einer herabgelassenen Sicherheitslampe) festgestellt worden ist, daß eine Ansammlung schädlicher oder entzündbarer Gase nicht vorhanden ist. Können

diese brennbaren, giftigen Gase oder Stickgase innerhalb von 15 Minuten nicht beseitigt werden, so ist die Betriebsaufsicht zu benachrichtigen. Die Arbeitsschutzbestimmung 616 — Befahren von Behältern — ist zu beachten.

§ 3

(1) Die Sicherheitslampen sind in ordnungsmäßigem Zustand zu erhalten und von Zeit zu Zeit zu prüfen; jede Überprüfung ist im Kontrollbuch einzutragen.

(2) Vor jeder Benutzung haben sich die Einsteigenden zu überzeugen, daß die Lampen nicht beschädigt sind.

(3) Jede mit der Reinigung der unterirdischen Entwässerungsanlagen (auch Dükeranlagen) betraute Gruppe von Beschäftigten muß mit mindestens zwei betriebsfertigen Sicherheitslampen ausgerüstet sein.

§ 4

Für die Reinigungsanlagen, in denen brennbare Gase zur Verwertung auf gefangen werden, gilt die Arbeitsschutzbestimmung 142 — Gaswerke —.

§ 5

Müssen Entwässerungsanlagen, in denen Gasentwicklung in gefährdendem Maße festgestellt wird und trotz Entlüftung nicht vollständig beseitigt werden kann, aus betrieblichen Gründen begangen werden, so ist sofort die zuständige Aufsichtsbehörde zu benachrichtigen; sie bestimmt, welches Atemschutzgerät in solchem Falle zu benutzen ist.

§ 6

(1) Entwässerungsleitungen von weniger als 90 cm Höhe dürfen nicht begangen werden.

(2) In begehbaren Entwässerungsleitungen darf das Gefälle nicht stärker als 1:10 sein. Läßt sich auf kurze Strecken ein steileres Gefälle nicht vermeiden oder sind unvermittelt abfallende Stellen vorhanden, so müssen diese einen Einsteigeschacht haben und gegen den Kanal durch eine Schutzstange abgeschlossen sein, die nur bei Reinigungsarbeiten vorübergehend entfernt werden darf.

(3) Entwässerungsanlagen verschiedener Höhenlagen müssen, soweit es der Betrieb zuläßt, durch Treppen mit sicheren Geländern, Steigvorrichtungen oder durch eiserne Leitern verbunden sein.

(4) Zum Schutze gegen Abstürzen oder Abrutschen sind an Stellen, wo eine solche Gefahr besteht, Geländer anzubringen oder andere geeignete Vorkehrungen zu treffen, die den Betriebsablauf nicht übermäßig behindern.

§ 7

(1) Alle Entwässerungsleitungen und Schächte sind nach Möglichkeit zu lüften. Ventilationsöffnungen, besonders die Öffnungen in den Deckeln der Einsteigeschächte zu den Unterirdischen Entwässerungsanlagen, sind sauberzuhalten.

(2) Aufgedeckte Einsteigeschächte müssen durch geschlossene oder eingehängte Schutzgitter gesichert und mit deutlich sichtbaren Warnungszeichen entsprechend den verkehrspolizeilichen Vorschriften kenntlich gemacht werden.